Prof. Dr. Ulrich Brasche (2015)

Wann werden wir Europäer?

Ein neuer Aufbruch für Europa – aber wohin und wie?

Die Integration zu einer „immer engeren Union“ ist als Ziel der EU umstritten und der Glanz des wirtschaftlichen Erfolgs ist verblasst. Auch Frieden in Europa ist nicht mehr Sinn stiftend für die Integration, da dieser einerseits als selbstverständlich gesichert gilt und andererseits dort, wo Konflikt und Krieg an den Rändern der EU ausbrechen, die EU sich nicht als friedensschaffende Macht profiliert hat. Nachdem also das Narrativ für ein vereintes Europa nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr greift, ist die Frage offen wofür Europa und welches Europa künftig gestaltet werden soll. Versuche zu Antworten auf diese Fragen müssen mehrere Dimensionen im Blick haben.

Wofür Europa?

Auch wenn „Frieden und Wohlstand“ als Versprechungen der Integration (alleine) nicht mehr zugkräftig sind, dann bleiben dennoch Größe und Einigkeit als Faktoren außenpolitischer Macht ein gewichtiges Argument für gemeinsames Handeln in einer globalen, sich rasch wandelnden Welt. Die Felder reichen von globalen Energie- und Klimaproblemen bis zur militärischen Aktion in nahen und entfernten Regionen. Zweitens können Spannungen aus der wirtschaftlichen Ungleichheit in Europa nicht nur durch die Eröffnung von Chancen im internationalen Wettbewerb auf den Märkten abgebaut werden, sondern auch durch Umverteilung des geschaffenen Wohlstandes – auch über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Als dritter Sinn europäischer Integration bleibt die Verlockung zur Teilhabe durch Wohlverhalten bestehen: Länder, die (noch) nicht Mitglieder des Clubs sind, können durch das Zuckerbrot der künftigen Teilhabe am Wohlstand in ihrer Entwicklungsrichtung hin zu akzeptablem europäischen Werten und Normen beeinflusst werden.

Welches Europa?

Die Geschichte der europäischen Integration ist durchzogen von Streit um das Wohin: Die Finalität. Während die einen eine „immer engere Union“ mit dem Ziel eines föderalen Zentralstaates mit umfangreichen Kompetenzen als Leitbild hatten, wollten andere Europa als Konföderation starker Nationalstaaten mit offenen Grenzen, deren Bürger friedlich und fair um das beste Gesellschafts- und Wirtschaftssystem wetteifern. Der Transfer von Macht auf die „Zentrale“ stößt jedoch (bisher) auf den Widerstand der meisten Bürger in den europäischen Mitgliedsstaaten. Die demokratische Legitimation eines Zentrums wäre nicht schon durch ein Erstarken des EU-Parlaments geschaffen.

Wie viel Vielfalt verträgt Europa?

Eine Einigung zu gemeinsamem Entscheiden und Tun in der EU berührt sensitive Themen: Transfer von Macht und Solidarität. Die Europäischen Verträge regeln die Zuweisung von Kompetenzen und Entscheidungsmacht zwischen Mitgliedsstaat und „Zentrale“. Diese Verträge wurden auf Betreiben einer Elite von Pro-Europäern geschlossen, die sich auch bei grundlegenden Weichenstellungen nur selten auf einen informierten Diskurs in ihrem Land stützen konnten – wo das Volk in einem Referendum um Zustimmung gebeten wurde, neigte es eher zu einem Nein. Der Transfer von Macht schien so lange demokratisch legitimiert, wie „Brüssel liefern“ konnte: Wirtschaftliche Prosperität wurde als Resultat der Teilnahme am europäischen Binnenmarkt interpretiert. Weniger

prosperierenden Mitgliedsstaaten konnten die Zustimmung zu einer weiteren Verschärfung des innereuropäischen Wettbewerbs durch Kompensationszahlungen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds erleichtert werden. Damit war die Erwartung an Solidarität durch Transferleistung auf der Tagesordnung; die Finanzkrise hat dem eine völlig neue Größenordnung hinzugefügt.

Der Transfer von Macht an „ferne“ Entscheidungsgremien, die Unterwerfung der Minderheit unter die Mehrheitsentscheidung und finanzielle Solidarität setzen sowohl Vertrauen gegenüber den legitimen Herrschenden voraus als auch ein Gefühl der Verbundenheit mit dem Empfänger. Beide Voraussetzungen sind leichter zu erfüllen, wenn die Beteiligten sich als der gleichen Gruppe zugehörig fühlen, d.h. wenn ein Wir-Gefühl besteht. Für ein solches „Wir“ als Abgrenzung gegenüber den Anderen kann es viele Wurzeln geben, so z.B. familiäre Bindung, gemeinsam erlittene Geschichte, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Mitgliedschaft im Nationalstaat. Umfragen in Europa ergeben, dass die Bürger sich zuerst als Mitglieder ihres näheren Bezugsrahmens sehen, erst in zweiter Linie als Bürger ihres Landes und zuletzt – aber auch – als Bürger der Europäischen Union. In einer heterogenen, sich ständig wandelnden Welt kann Komplexität belastend sein: Homogenität der „Wir-Gruppe“ und damit Ausgrenzung von „Fremden, Anderen“ reduziert Komplexität und entlastet dadurch. Im Exzess kommt es dann zur Illusion der „ethnischen Reinheit“ als erstrebenswertes Ziel – mit den bekannten hässlichen Auswüchsen.

Wie viel „Einheit in der Vielfalt“ die Europäische Union ausmacht, wer wie viel davon in welcher Ausprägung haben will bzw. ertragen kann, wird ständig neu verhandelt. Weder Geografie, noch Geschichte, Religion oder Ethnie taugen als Abgrenzungskriterium. Bei der Diskussion darüber, ob der Islam mit einem Europa kompatibel sei, das auf klassischer Antike, Aufklärung und Christentum basiere, zeigt sich die Mühe mit der Bewältigung von Vielfalt. Der Verweis auf die universellen Grundwerte als Basis reicht hier nicht aus.

Zum Beispiel die Türkei

Die Türkei hat bereits im Jahr 1963 ihre Bemühungen um eine Mitgliedschaft begonnen. Seit 1992 gibt es die „Kopenhagen Kriterien“ als Aufnahmeprüfung. Zuallererst müssen Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte gesichert sein – vorher können Verhandlungen um einen Beitritt nicht beginnen. Diese Hürde hat die Türkei im Jahr 2005 genommen, wenn auch jüngere Entwicklungen Anlass zu Sorgen geben: Der autokratische Präsident Erdogan regiert mit (zu) harter Hand gegen Proteste in der Bevölkerung und auch gegen die Presse. Die zweite Gruppe der Kriterien verlangt eine funktionierende Marktwirtschaft, die stark genug sein muss, um dem Wettbewerbsdruck aus den bisherigen Mitgliedsstaaten standzuhalten. Seit 1995 besteht eine Zollunion zwischen der Türkei und der EU, in der Handel und Investitionen in beide Richtungen bereits weitgehend so geregelt sind, wie es bei Vollmitgliedschaft der Fall ist. Die Türkei hat eine rasche nachholende Entwicklung hin zu einem Industriestandort durchlaufen und kann als wirtschaftlich erfolgreich und stabil gelten. Auch die Finanzkrise hat die Türkei ohne schwere Erschütterungen überstanden. Probleme im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt, in der Schattenwirtschaft und mit der Korruption bestehen zwar, sind aber ebenso in anderen alten und neuen Mitgliedsstaaten zu verzeichnen. Als weiteres Kriterium für die Mitgliedschaft sind die vollständige Übernahme aller bisher verabschiedeten Gesetze und Regulierungen der EU in nationales Recht sowie der Aufbau entsprechender Institutionen erforderlich. Dies ist zwar kostspielig und zwingt zur Übernahme auch aller regulatorischer Fehlentwicklungen der EU. Andererseits sollten viele der Anforderungen, z.B. im Umweltschutz, auch ohne Bewerbung für eine Modernisierung der Türkei implementiert werden. Aus wirtschaftlicher Sicht kann die Mitgliedschaft der Türkei in der EU eine win-win-Situation ohne

außergewöhnliche Probleme sein. Erhebliche Hürden liegen allerdings in den ungelösten politischen Konflikten mit dem Mitgliedsstaat Zypern. Die geostrategische Lage und das große militärische Gewicht dagegen machen die Türkei zu einem wertvollen Partner des „Westens“.

Auf Seiten der EU gibt es in einigen Ländern erhebliche Vorbehalte gegen die Mitgliedschaft: Die Türkei wird als zu fremd, nicht in das christliche Abendland passend und als zu arm und groß angesehen. Es wird behauptet, die Grenzen Europas würden die Türkei nicht einschließen. Für eine solche Sicht gibt es keine objektive Prüfung, da sie auf historischen und politischen Bewertungen sowie auf Emotionen beruht. Der Versuch, „objektiv“ abgeleitete Grenzen Europas zu definieren, muss scheitern. Zugespitzt könnte man formulieren: Die Türkei gehört dann zu Europa, wenn alle es wollen und ständig Wege zu einem friedlichen und produktiven Miteinander suchen und finden.

Nächste Schritte auf dem Weg nach Europa

Sowohl ökonomisch als auch politisch ist die bisherige Idee eines Vereinten Europa nicht mehr tragfähig. Ein Rückfall in die Konflikte zwischen Nationalstaaten wäre der neue Beginn einer alten Katastrophe. Wie könnte es weitergehen – welche Schritte sind zu tun?

- Die Finanzkrise muss überwunden und künftige verhindert werden. Die bereits vereinbarte und teilweise implementierte Banken-Union ist ein weitgehend unterschätztes Wunder europäischer Einigung.
- Die Fiskal-Union als Vergemeinschaftung der Staatshaushalte würde ein undemokratisches und wirkungsloses Monstrum, dessen Anfänge beerdigt gehören. Eine Balance zwischen Entscheidung, Verantwortung und Solidarität muss an deren Stelle treten.
- Die EU kann eine mit einem Ansatz des „one-size-fits-all“ gestaltet werden, wenn sie immer mehr Mitglieder aufnimmt und dabei heterogener wird. Differenzierung und selektive Teilnahme, opt-out Optionen und Kooperation mit Nicht-Mitgliedern würden dem besser gerecht und die zentrifugalen Kräfte auffangen.
- Die Übernahme des Euro und der Ausstieg aus dem Euro müssen flexibler gestaltet werden. Doppelwährungen als zumindest temporäre Lösung sollten geprüft und eingesetzt werden.
- Die Rolle der EU als globaler politischer, wirtschaftlicher und militärischer Akteur ist unterentwickelt. Der Handlungsdruck wächst, wenn die USA als Rückgrat der NATO ihren Schwerpunkt künftig weiter nach Asien verlegen. Für eine gemeinsame Außenpolitik gibt es in den Hauptstädten bisher weder den ausreichenden Willen noch die Bereitschaft, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Die „Friedensdividende“ vom Ende des „kalten Kriegs“ ist jedoch aufgebraucht.

Die zunehmende Entfremdung zwischen pro-europäischen politischen Eliten und ihren Mitbürgern wird die Akzeptanz der europäischen Integration weiter erodieren. Das Europa von Morgen, in dem die Menschen „als Europäer“ leben wollen, entsteht nicht am Reißbrett – seine Gestalt ist nicht vorab beschreibbar, das Ergebnis ist offen und kann von alten Gewissheiten und bisherigen Visionen deutlich abweichen. Ein Diskurs der Bürger zum Europa von Morgen, muss besonders die nächsten Generationen einbeziehen, die „ihr Europa“ gestalten will – sie werden darin weiterleben.